

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Dagmar Luuk MdB, Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe, verurteilt die Abspaltung von Nord-Zypern von dem Insel-Staat: Gefährliche Zuspitzung. Seite 1

Konrad Gilges MdB weist auf die Unterwanderung von Fußball-Fan-Clubs durch Neonazis hin: In Stadien wird Ausländerfeindlichkeit angeheizt. Seite 3

Gernot Fischer MdB würdigt die Antworten der Bundesregierung auf seine Frage, was der Bundeskanzler auf der Frankfurter Buchmesse bei rechtsextremistischen Verlagen wollte: Kohl aufklären. Seite 5

Dokumentation

Wir veröffentlichen die einleitenden Passagen aus dem Referat der SPD-Spitzenkandidatin bei den Europa-Wahlen, Dr. Katharina Focke, auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Partei am 18. November in Köln: "Für ein starkes und solidarisches Europa". Seite 6

38. Jahrgang / 221

18. November 1983

Die neue Zypernkrise

Die Sezession des Nordteils der Insel provoziert gefährliche Spannungen

Von Dagmar Luuk MdB
Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe

Die einseitige Ausrufung einer selbständigen "Türkischen Republik Nordzypern" durch den Führer der türkischen Volksgruppe, Rauf Denktasch, bedeutet eine gefährliche Zuspitzung der Situation im östlichen Mittelmeer, einen Bruch von bestehenden internationalen Vereinbarungen und der Verfassung der Republik Zypern. Diese rechtswidrige Maßnahme ist scharf zu verurteilen. Die Sezession, die mit Duldung der türkischen Militärjunta zustande gekommen ist, erschwert alle Bemühungen um eine Beilegung des Zypernkonflikts in einem unvorstellbarem Maße und läßt die Situation auf der Insel unkalkulierbar werden.

Rauf Denktasch hat versucht, auf Zypern eine Politik der vollendeten Tatsachen zu schaffen. Mit diesem völkerrechtswidrigen Akt hat er die Lage an der Ostflanke der NATO im Mittelmeer entscheidend destabilisiert. Die veränderten Verhältnisse auf Zypern haben zudem innenpolitisch die Lage der griechischen Regierung Papandreu kompliziert, sie haben gleichzeitig den Militärs in Ankara eine Entlastung verschafft. Es besteht die Gefahr, daß im Zuge einer nationalen Emotionalisierung die überfällige



Demokratisierung in der Türkei hinten gestellt wird.

Das westliche Verteidigungsbündnis muß sich der Gefahr bewußt sein, daß das Verhältnis der beiden NATO-Partner Griechenland/Türkei durch die Ereignisse in Zypern mittelfristig irreparabel wird. Es muß ihre Aufgabe sein, mit geeigneten Maßnahmen auf Ankara einzuwirken, damit diese Sezession umgehend rückgängig gemacht wird. Ziel kann nur sein, auf der Basis der jüngsten Initiative des UN-Generalsekretärs Perez de Cuellar den interkommunalen Dialog der beiden Volksgruppen wieder in Gang zu bringen, und die schwierigen Territorial- und Verfassungsprobleme auf der Insel einer Lösung zuzuführen.

Es wird ein Testfall für die Glaubwürdigkeit westlicher Politik werden, inwieweit es gelingt, die Probleme auf Zypern auf der Basis des Status quo ante zu lösen.

Die Proklamation eines unabhängigen türkischen Nordstaates kam für die ganze Welt überraschend, am überraschendsten vielleicht für die Athener Regierung. Papandreou hat ein Anrecht auf die Solidarität der westlichen Staatengemeinschaft gegen dieses Unrecht auf Zypern. Es wäre völlig verfehlt, Griechenland durch die Hinnahme des Unrechts auf Zypern disziplinieren zu wollen. Athen mag sicherlich gerade in den letzten Monaten seiner EG-Präsidentschaft eine gelegentlich mehr als unkonventionelle Politik betrieben haben, es darf aber in der jetzigen Situation nicht ohne Hilfe bleiben.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Über eilig formulierte Protest-Noten hinaus kommt es jetzt darauf an, den türkischen Militärs, die offenbar in Ankara immer noch das Sagen haben, unmißverständlich klar zu machen, daß eine Politik, die auf die normative Kraft des Faktischen setzt, eine Politik ohne Perspektive ist.

(-/18.11.1983/bgy/rs)

+ + +



Neonazis unterwandern Fußball-Fan-Club
-----**In den Stadien wird die Ausländerfeindlichkeit angeheizt**

Von Konrad Gilges MdB

Des Deutschen vielgeliebtes Kind, der Fußball, ist mal wieder ins Gerede gekommen. Anlaß ist jedoch nicht der Bundestrainer oder die horrenden Gehälter einiger Spieler, sondern das Auftreten neonazistischer Gruppen in bundesdeutschen Fußballstadien. Flugblätter, in denen vor dem Fußball-Länderspiel Deutschland-Türkei zum "Kampf gegen die Kanacken" aufgerufen wurde, haben deutlich gemacht, wie unbemerkt rechtsradikales Gedankengut Eingang bei jugendlichen Fußballanhängern gefunden hat. "Kreuzberg muß brennen" und "Nur Gewalt kann uns befreien" sind Parolen, die immer häufiger von den Rängen deutscher Fußballstadien klingen.

Diese Vorkommnisse habe ich zum Anlaß genommen, die Bundesregierung zu fragen, wie weit Neo-Nazis in Fußballfanclubs Einfluß gewonnen haben. Die Antworten zeigen die Brisanz dieses Themas. Die Sicherheitsbehörden haben demnach Erkenntnisse darüber, daß "seit etwa Herbst 1982 zunehmend Kontakte zwischen rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Organisationen und verschiedenen Fußballfanclubs sowie namentlich nicht erfaßbaren Fanggruppen festzustellen sind, die durch eine teilweise latente Gewaltbereitschaft, eine aggressive Haltung gegen Ausländern sowie ein provokantes, wenn auch überwiegend nicht politisch motiviertes Verwenden von NS-Kennzeichen und -parolen auffallen. Diese rechtsextremistischen Gruppen versuchen über Verbindungsleute Fanclubs und -gruppen, die an sich nicht als rechtsextremistisch einzustufen sind, für spektakuläre Aktionen, insbesondere für Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern zu gewinnen. Bei ihren Einflußnahmeversuchen hatten diese Rechtsextremisten wiederholt Erfolg."

Den "Erfolg", wie ihn der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Carl-Dieter Spranger, in seiner Antwort bezeichnet, sieht man vor und in den Fußballstadien. In den Fan-Kurven erheben Jugendliche ihren Arm zum Hitler-Gruß, Gruppen auf den Rängen machen sich kenntlich durch NS-Symbole, ausländische Mitbürger werden auf dem Weg ins Stadion, wie zuletzt in Kaiserslautern am 26. September, durch Mitglieder der sogenannten "Skin-heads", fast totgeschlagen.

Auf meine Frage, in welchen bundesdeutschen Städten diese rechtsextremistische Beeinflussung auf Fan-Clubs beobachtet werden konnte, heißt die Antwort: Berlin, Bremen, Dortmund, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Kaiserslautern, Koblenz, München, Nürnberg, Stuttgart und Wattenscheid. Diese Aufzählung allein macht deutlich, wie weit die schlimme Entwicklung schon gekommen ist. Wer jetzt noch von Einzelfällen spricht, verkennt wesentlich die Tatsachen.

Selbst bei den Strafverfahren, die in Zusammenhang mit Ausschreitungen bei Fußballspielen stehen, ist zu vermuten, daß ein hoher Anteil auf den Einfluß Angehöriger



rechtsextremistischer Vereinigungen zurückzuführen ist. 150 Verfahren nennt die Antwort, in denen gegen eine oder mehrere Einzelpersonen wegen Ausschreitungen anlässlich von Fußballspielen, ermittelt worden ist. "Diese haben im wesentlichen folgende Straftaten zum Gegenstand: Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Körperverletzungsdelikte, Volksverhetzung, Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte."

Neonazistischen Gruppen und Mitgliedern ist es gelungen, Einfluß auf jugendliche Fußballanhänger zu gewinnen. Dem zu begegnen kann aber nicht heißen, auf der einen Seite pressewirksam gegen die zu erwartende "Randale" anlässlich des Länderspiels Deutschland-Türkei wie Helmut Kohl und Norbert Blum aufzutreten, und auf der anderen Seite durch eine Verschärfung der Gesetzgebung die Ausländerfeindlichkeit noch zu schüren. Dies ist in der Tat doppelzünftig.

Wir müssen vielmehr erkennen, daß der sogenannte "Erfolg" rechtsextremistischer Gruppen in bundesdeutschen Fußballstadien auf gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen ist. Jugendarbeitslosigkeit, familiäre Konflikte, belastende Arbeitsverhältnisse und gesellschaftliche Isolation sind hier die Stichpunkte. Gewalttätigkeiten im Sport sind die Reaktion auf Konflikte unserer Gesellschaft. Diese Konflikte zu beseitigen heißt auch, den Rechtsradikalismus auf bundesdeutschen Fußballrängen zu bekämpfen. (-/18.11.1983/vo-he/rs)

+ + +



Wer klärt den Kanzler über den Rechtsextremismus auf?

Eine Erwiderung auf die regierungsamtliche Erklärung des
Kanzler-Verhaltens auf der Buchmesse

Von Gernot Fischer MdB

Die "Süddeutsche Zeitung" hatte es bekanntlich an den Tag gebracht: bei seinem Rundgang über die Frankfurter Buchmesse besuchte Bundeskanzler Helmut Kohl auch den Gemeinschaftsstand der als rechtsextremistisch bekannten Verlage Druffel, Türmer und Hohenstauffen, nahm zwei, drei Bücher mit seinem bekannten Lächeln zur Hand und bedachte auch die Standhalter mit einem Lächeln. Danach ging er weiter.

Ich habe die Bundesregierung gefragt, was den Bundeskanzler wohl bewogen habe, den Stand des immerhin auch im Verfassungsschutzbericht als rechtsextrem erwähnten Druffel-Verlages zu besuchen. Die Antwort der Bundesregierung ist einfach: der Bundeskanzler hat nach Ihrer Auffassung den Stand gar nicht besucht. Er ist an vielen Ständen vorbeigekommen, auch an Ständen dieser rechtsextremistischen Verlage, und hat sich über das Bücherangebot orientiert. Nicht mehr, nicht weniger.

Nun gut. Besucht hat der Bundeskanzler den Druffel-Verlag also nicht. Wenn man diese Auskunft der Bundesregierung interpretiert, dann heißt das doch wohl: er ist nicht absichtlich zum Druffel-Verlag gegangen, er ist gleichsam unabsichtlich in diesen ihn interessierenden Stand hineingestolpert. Und das ist schlimm genug. Ganz offensichtlich ist unser Bundeskanzler über den Rechtsextremismus im allgemeinen und über die publizistischen Hilfstruppen rechtsextremer Kreise im besonderen nicht unterrichtet.

Nun mag man einwenden, unser Bundeskanzler sei schließlich Generalist und könne das im einzelnen nicht wissen, es reiche aus, wenn er grob darüber orientiert sei, daß die Rechtsextremisten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes nicht gerade freundlich gesinnt seien. Aber auch dann sollte unser Bundeskanzler noch in der Lage sein, Stand und Bücherangebot solcher Verlage von anderen zu unterscheiden und vorbeizugehen.

Jeder, der die Frankfurter Buchmesse und speziell auch die rechtsextremistischen Verlagsstände gesehen hat, weiß, daß deren wahrer Charakter auch dem Unbewanderten von vornherein in die Augen springt - zu eindeutig sind die Buchtitel, zu eindeutig ist die ganze Aufmachung der Stände. Entweder hat unser Bundeskanzler diese Beobachtung in der Eile nicht gemacht, oder, wenn er sie gemacht hat, so war er allem Anschein nach unfähig, sie richtig einzuordnen.

Die Frage drängt sich auf: steht an der Spitze unserer Regierung ein Mann, der nicht Bescheid weiß über die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus oder der nicht bereit ist, sich von jeder Form des Rechtsextremismus oder der nicht bereit ist, sich von jeder Form des Rechtsextremismus entschieden und unmißverständlich zu distanzieren, oder der halt einfach so reintappt. - Ich weiß nicht, welche Alternative die schlimmere ist.
(-/18.11.1983/vo-he/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die Spitzenkandidatin der SPD für die Europa-Wahlen, Dr. Katharina Focke MdEP, hielt auf der SPD-Bundesdelegiertenkonferenz am 18. November 1983 in Köln eine programmatische Rede, aus der wir die einleitenden Passagen veröffentlichten.

"Für ein starkes und solidarisches Europa"

Im Vorfeld dieses außerordentlichen Parteitages sind uns Sozialdemokraten viele Ratschläge mit auf den Weg gegeben worden. Soweit sie von den Parteien der Bonner Rechtskoalition kamen, laufen sie auf zwei Gleichungen heraus:

1. Mehr (und gefährlichere Massenvernichtungs-)Waffen schaffen mehr Sicherheit. Wir haben dazu morgen unsere Antwort zu geben.
2. Allein Wachstum und Markt schaffen mehr Arbeitsplätze. Erst danach ist Geld übrig, um die Umweltschäden, die dieses Wachstum zustande bringt, teilweise zu reparieren.

Beide Gleichungen sind falsch und gefährlich:

- Die Logik eines ungehemmten Rüstungswettlaufs kann zu dem Punkt führen, an dem es dem Zufall oder einem Computerfehler überantwortet wird, ob die Menschheit sich selbst vernichtet.
- Die zweite Gleichung übersieht, daß Wachstum allein noch keine Arbeitsplätze schafft und daß unsere zunehmend vergiftete Umwelt den Zeitpunkt unseres Handelns und unserer Umkehr nicht mehr in unser Belieben stellt.

Die Gefahr für Zukunft und Leben kommt also von beiden Bereichen: ob wir sie bannen, hängt davon ab,

- wie wir die äußere Sicherheit erhalten oder herstellen,
- wie wir den Frieden nach innen organisieren und wie wir uns in der Natur einrichten.

Beide Fragen erfordern europäische Antworten. Insoweit stehen die beiden Tage dieses Parteitages in einem inneren Zusammenhang. Es geht um Strategien des Überlebens. Es geht um neue Formen des Zusammenlebens.

Auf diesem Weg brauchen wir Europa, brauchen wir die Europäische Gemeinschaft, brauchen wir Freunde und Gleichgesinnte. Allein auf uns gestellt, können wir die Wirklichkeit nur kritisieren, aber nicht verändern.

Wir Sozialdemokraten haben ein hochgradiges Interesse daran, den europäischen Unmut zu überwinden, der die Öffentlichkeit, die Menschen angesichts des Zustands der Gemeinschaft erfaßt hat. Dazu müssen wir allerdings erkennen, daß dieser heillose Zustand nicht nur das Ergebnis bürokratischer Fehlentwicklung ist. Die Ursachen liegen tiefer. Reparaturarbeiten an Symptomen der Krise helfen nicht weiter.

Wir müssen den Gemeinschaftssinn neu begründen. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis: das Konzept der quantitativen Wachstumsgemeinschaft ist am Ende. Das Europa der 50er und 60er Jahre lebte noch von der Gewißheit, sich immer weiter steigender Wachstumsraten.

Und wenn sich damals Sozialdemokraten ihre von Kurt Schumacher formulierte Skepsis gegen das Europa des Kapitals und der Unternehmer abringen ließen, dann doch, weil sie dem großräumigen Kapitalismus Wohlfahrtseffekte zutrauten, durch die (auch) sozialistische Forderungen (und Werte) durchgesetzt beziehungsweise finanziert werden könnten.



Und die wirtschaftliche Erholung des zerschlagenen Westeuropas war auch in wenigen Jahren erreicht. Westeuropa ging es gut, besser denn je.

Doch in Wahrheit waren alle Fehlentwicklungen bereits angelegt. Sie wurden nur vom ungehemmten Wachstum überdeckt. Integration, das war vor allem Verteilung des Zuwachses. Zugleich aber wurde die Kluft zwischen reichen und armen Regionen immer größer. Denn die Kapitalströme flossen als Investitionen dahin, wo es ohnehin schon Straßen, Flughäfen, Industrie und viele ausgebildete Facharbeiter gab.

Die armen Regionen blieben arm; die Menschen machten sich auf, um zu den Fabriken zu gehen. Die Folge war die Verödung und Verarmung ganzer Landstriche. Die Konzentration von immer mehr Menschen und Fabriken in Ballungsräumen mit der damit verbundenen rassistischen Zubetonierung und Vergiftung der Natur beschneidet zunehmend die Möglichkeit, den neuen Wohlstand auch zu genießen.

Die arbeitenden Menschen müssen nun erleben, daß die "Vorteile" des Großraums sich in ihr Gegenteil verkehren. Die Tendenz zu immer kostensparenderen Produktionsformen und Groß-Serien im Gemeinsamen Markt ersetzt ihre Arbeitsplätze durch Robotersysteme und Mikroprozessoren.

Alles zusammen also: die unbeherrschte technische Revolution, die Ehrlichkeit natürlicher Energiequellen, die Zerstörung der Umwelt, das Produzieren am Bedarf vorbei stehen am Ende der Wachstumsära.

Butterberg, Milchsee, Weinsee. Vernichtung von Obst und Gemüse sind davon nur der sichtbarste und groteskste Ausdruck. Es nützt also nichts, den Agrarhaushalt zu kürzen, wenn die dahinter stehenden Ursachen nicht erkannt, also seine angelegte Unerstättlichkeit nicht bekämpft wird.

Die unbegrenzten Abnahmegarantien zu immer höheren Preisen verschärft die sozialen und regionalen Unterschiede in der Landwirtschaft. Sie verführt zu Überproduktion und damit zu immer mehr Chemie, zur Ausbeutung des Bodens bis zur letzten Krume, zur Überweidung, zur Trinkwasservergiftung, kurz, zur Industrialisierung der Landwirtschaft mit allen dazugehörenden Folgen für die Umwelt bis zum ökologischen Kollaps. Das Ergebnis: Zehn Milliarden Mark verschwendet die Gemeinschaft jährlich, um die Überschüsse zu beseitigen. Und um das Gesamtsystem zu finanzieren, wird der Haushalt der Gemeinschaft vom Agrarmarkt leer gefressen. Von den 60 Milliarden Mark Gesamthaushalt gehen fast 70 Prozent nur auf Agrarausgaben! Die Gemeinschaft ist finanziell am Ende, sie steht vor dem Bankrott.

Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen krisenhaften Veränderungen, nachlassender Wachstumsraten und sich galoppierend verändernder Produktionsformen beginnt die Gemeinschaft zudem - und das ist die Kehrseite derselben Medaille - in konkurrierende Einzelinteressen zu zerfallen. Da die Vorteile nicht mehr nach dem alten Muster anfallen, die Kosten der Integration aber bleiben, wird die Bereitschaft zur Integration geringer, Handelshemmnisse und innergemeinschaftlicher Protektionismus nehmen zu.

Die Gipfelkonferenz von Stuttgart war europäisches Theater vor dem Vorhang. Wäre der Vorhang aufgegangen, hätte das europäische Publikum gesehen: die Bühne ist leer. Denn das Stück ist noch nicht geschrieben.

Es hilft nichts - Genossinnen und Genossen: Wir müssen es schreiben. Nur wir können es schreiben. Mit Provinztheater dürfen wir uns nicht begnügen.

Was erwarten die Menschen von Europa?

Jedenfalls keine Ladenhüter. Denn ihnen wird deutlich, daß den neuartigen Problemen einer sich rasch wandelnden Gesellschafts- und Arbeitswirklichkeit nicht mit Aufschwung-



parolen und marktgläubiger Untätigkeit beizukommen ist. Um ihr Vertrauen zu erhalten oder zurückzugewinnen, brauchen wir ein neues Entwicklungskonzept für die Gemeinschaft, das mit verteilten Rollen, regional, national und europäisch verwirklicht wird. Eines, das die Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt zu seiner Grundlage macht.

Und das heißt konkret, vor Investitionen zu prüfen, welche Auswirkungen sich für den Lebenskreislauf von Mensch und Natur ergeben. Das heißt konkret: die Menschen zu beteiligen, die Betroffenen vor Ort, die Arbeitnehmer in den Betrieben.

Das Wachstum der Zukunft braucht einen qualitativen Ansatz. Das erfordert eine Anstrengung, die europaweit oder gar nicht sein wird. Wer für die Menschen in Europa

- einen menschenfreundlichen Einsatz der neuen Technologien,
- gerechte Chancen in den Regionen und
- eine entgiftete Umwelt

will, der muß die Grenzen offenhalten oder weiter öffnen. Denn keines der gleichzeitig entstandenen Probleme ist national lösbar:

- nicht die Arbeitslosigkeit, von der in Europa zwölf Millionen Menschen, darunter fünf Millionen junge Leute, betroffen sind,
- nicht die Katastrophe des Waldsterbens, der Luft- und Gewässerverschmutzung, und
- schon gar nicht die Friedensbedrohungen unserer Zeit.

Wenn überall in Europa Millionen Menschen auf die Straße gehen, weil sie der Logik des Rüstungspolitischen Wahnsinns Widerstand entgegensetzen wollen, dann kommt darin doch auch ein Werte- und Bewußtseinswandel zum Ausdruck, den wir aufnehmen und in europäische Politik umsetzen müssen.

Aus Umfragen, die die Europäische Kommission regelmäßig in Auftrag gibt, wissen wir, daß die Bürger die Gemeinschaft zwar als Musterbeispiel für Fehlentwicklungen der Industriegesellschaften unseres Kontinents erleben. Gleichzeitig aber ist die bejahende Einstellung zur Idee einer am Wohl der Menschen orientierten Gemeinschaft der europäischen Staaten stark geblieben.

Und zwar in großen Mehrheiten.

Aus diesen Umfragen wissen wir auch: "...daß Internationalismus und insbesondere die europäische Integration... als politische Ziele besonders geschätzt werden".

Im Bewußtsein vor allem der jüngeren Generation hat der Gedanke an ein eigenständiges Europa nichts an Faszination verloren. Aber "nicht als dritte Kraft zwischen den Supermächten", sagen die Umfragen, "sondern jenseits des immobilen Staatskapitalismus im Osten und einem zunehmend vermachteten Privatkapitalismus im Westen als Lebens- und Emanzipationsraum mit kultureller und natürlicher Vielfalt: Sie wollen Europa

- als Raum für neuartiges und qualitatives Wachstum,
- für eine sozial- und umweltverträgliche technologische Entwicklung,
- als unabhängige und ausgleichende, mässigende Kraft in der Welt,
- als mögliche atomwaffenfreie Zone,
- als Partner für Entwicklungsländer.

Ich frage Euch: befinden wir Sozialdemokraten uns nicht im Einklang mit diesen Wünschen und Hoffnungen? Und folgen wir nicht - wenigstens in Ansätzen - in unserer praktischen Politik der Einsicht, die Johano Strasser und Klaus Traube in ihrem Buch "Zur Zukunft des Fortschritts" formulieren: "daß ein humaner Fortschritt in Zukunft nur aus einer Verbindung der emanzipatorischen Grundsätze des Sozialismus mit den ökologischen Einsichten entstehen kann"?

Veränderung fängt in den Köpfen an. Daher ermutigen mich die eben zitierten Umfragen. Sie zeigen, wie die Friedensbewegung, daß die Bereitschaft zu grenzüberschreitendem Umdenken größer ist als viele glauben. Zu Kleinmut besteht kein Anlaß. Auch nicht im Blick auf die Möglichkeiten des Europäischen Parlaments. Wir müssen für die bevorstehenden Europawahlen also eine große Anstrengung machen, damit die Kräfte gestärkt werden, die, mit uns zusammen, die Voraussetzungen für die Reform der Gemeinschaft schaffen helfen.

(-/18.11.1983/vo-he/rs)

+ + +

